

Polit-Tourismus

Angst ums Leben

Eine geplante Erkundungsreise des bayerischen Petitionsausschusses in die Türkei droht purer Polit-Tourismus zu werden. Die Abgeordneten möchten zur Beurteilung von Asylproblemen herausfinden, unter welchen Bedingungen Kurden und andere Minderheiten in der Türkei leben. Doch unter dem Druck der CSU und offenbar aus Angst ums eigene Leben wollen die Abgeordneten einen Bogen um alle anatolischen Problemgebiete machen. Schon die Planung der Reise war in der CSU auf Kritik gestoßen, weil sie als Mißtrauen gegenüber dem christozialen Innenminister Günther Beckstein verstanden werden könne: Beckstein, Vertreter einer rigiden Asylpolitik, hatte nach seinen Türkeireisen stets



Türkischer Militäreinsatz gegen Kurden

von demokratischen Fortschritten in dem vorderasiatischen Staat berichtet. Nun hat der Ausschuß die Tour kräftig verkürzt: Die CSU-Mehrheit will weder in die Kurdenstadt Diyarbakir, noch mag sie sich vor Ort, etwa in einer südosttürkischen Region, mit dem Schicksal der dort verbliebenen christlichen Minderheiten beschäftigen.

DDR

Braune Bande im Untergrund

In der DDR hat es, wie Unterlagen des SED-Zentralkomitees (ZK) zeigen, in den sechziger und siebziger Jahren zahlreiche Neonazis gegeben. Vor allem in Betrieben kam es, wie Berichte der Sicherheitsabteilung des ZK dokumentieren, immer wieder zu Hakenkreuzschmierereien mit Anti-SED-Parolen, etwa im Stammwerk Radeberg des Elektronikbetriebs Robotron. Mitte der sechziger Jahre verbreiteten Untergrundgruppen in DDR-Städten Flugblätter gegen „die antinationale Politik des Ulbricht-Regimes“ und forderten mit der Parole „Sieg Heil“, SED-Chef Walter Ulbricht müsse „gehängt werden“. Im Kreis Luckenwalde bei Berlin bildeten zehn Jugendliche nach den SED-Berichten 1963 sogar eine „organisierte Bande“, die „den Faschismus anhand faschistischer Literatur“ verherrlicht habe. Die Jugendlichen sollen geplant haben, mit Schußwaffen „leitende Funktionäre des Kreises zu beseitigen“. 1966 flog im mecklenburgischen Hagenow eine Gruppe auf, die in einem Lokal das Horst-Wessel-Lied gesungen hatte. Unter den Sängern war laut ZK-Sicherheitsabteilung auch ein leitendes SED-Mitglied.

Vögel

Trappen ohne Tunnel

Im Streit um den Schutz für eine der letzten in der Bundesrepublik lebenden Großtrappenherden wollen die Naturschützer einlenken. In einem Brief an Bahn-Chef Heinz Dürr bekundet der Naturschutzbund Deutschland seine „grundsätzliche Bereitschaft“, der Bahn entgegenzukommen. So wird für die Neubaustrecke der ICE-Route Hannover-Berlin keine Untertunnelung mehr beim brandenburgischen Buckow zugunsten der vom Aussterben bedrohten Großvögel gefordert. Statt dessen sollen mit



Großtrappe

Erdwällen und Ausgleichsflächen die Brutgebiete der dort noch rund 30 verbliebenen Kranichvögel geschützt werden. Im Havelland spart die Bahn jetzt Tunnelkosten in Höhe von rund einer Milliarde Mark – rund 33 Millionen pro Trappe.

Berlin-Flughafen

Erhebliche Mängel

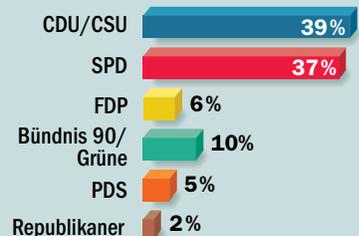
Berlins Justizsenatorin Lore Maria Peschel-Gutzeit (SPD) geht bei der Planung des umstrittenen Großflughafens Berlin-Brandenburg auf Distanz zu ihren Genossen. Obwohl die Berliner SPD-Fraktion sich auf den Bau eines



15 Milliarden Mark teuren Mega-Airports im brandenburgischen Spenerberg festgelegt hat, läßt die Senatorin nun die Chancen für einen Ausbau des stadtnahen ehemaligen DDR-Flughafens Schönefeld ausloten. Im Auftrag von Peschel-Gutzeit, die im Aufsichtsrat der Flughafen-Holding sitzt, begutachteten ihre Beamten die „rechtliche Bindungswirkung“ des Raumordnungsverfahrens, in dem Schönefeld als ungeeignet eingestuft worden war. Die Juristen entdeckten erhebliche Mängel in dem von der Brandenburger SPD-Regierung betriebenen Verfahren. So habe etwa die Vorgabe, daß der neue Flughafen „so weit weg von Berlin wie möglich“ liegen müsse, die Entscheidung „nahezu zwangsläufig“ gegen Schönefeld gelenkt, fanden die Beamten. Außerdem habe die Stolpe-Regierung nicht, wie vorgeschrieben, den Bau eines Flughafens mit vier Start- und Landebahnen auf ökologische Folgen hin prüfen lassen, sondern nur für eine Anlage mit drei Rollbahnen.

Koalition ohne Mehrheit

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“



An 100 fehlende Prozent: sonstige Parteien; Ennid-Umfrage für den SPIEGEL, 1000 Befragte, 13. bis 14. März 1995